



**STADT BECKUM**

## **Niederschrift**

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Haupt-  
und Finanzausschusses**

**im Ständesaal des Ständehauses, Weststraße 57, 59269  
Beckum  
am 06.11.2007**

Hinweis: Die Niederschrift ist im Bürgerinformationssystem auf den öffentlichen Teil beschränkt.

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

1. Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern
2. Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 09.10.2007  
- öffentlicher Teil -
3. Bericht des Bürgermeisters
4. Arbeitsgruppe Zukunft der Entwässerung; Sachstandsbericht und weitere  
Verfahrensweise; Antrag der FWG-Fraktion vom 09.09.2007  
Vorlage: 0734/2007
5. Ausschreibung der Stellen der Leitungen Fachbereiche 5 (Jugend und Soziales)  
und 6 (Stadtplanung und Wirtschaftsförderung)  
Vorlage: 0733/2007
  - 5.1. Entscheidung über die Ausschreibung der Stelle Fachbereichsleitung 5 Jugend  
und Soziales
  - 5.2. Entscheidung über die Ausschreibung der Stelle Fachbereichsleitung 6  
Stadtplanung und Wirtschaftsförderung
6. Gesamtbudgetbericht zum Berichtstermin 01.10.2007  
Vorlage: 0726/2007
7. Stellungnahme der Stadt Beckum zum Entwurf der Haushaltssatzung 2008  
des Kreises Warendorf  
Vorlage: 0728/2007
8. Zustimmung zu einer erheblichen überplanmäßigen Ausgabe;  
Grunderwerb für das Bebauungsplangebiet Nr. 60 "Obere Brede/Tuttenbrock"  
Vorlage: 0725/2007
9. Anfragen

## **Anwesenheitsliste:**

### **Anwesend:**

#### **Vorsitz**

Herr Dr. Karl-Uwe Strothmann

#### **CDU-Fraktion**

Herr Rudolf Goriss

Vertretung für Herrn Christoph Pundt

Herr Werner Knepper

Herr Stefan König

Vertretung für Herrn Heinz-Josef Wiedeking

Herr Joachim Mücke

Herr Thomas Reinkemeier

Herr Bernard Schnell

Herr Lothar Stumpfenhorst

#### **SPD-Fraktion**

Herr Dr. Rudolf Grothues

Frau Sigrid Himmel

Herr Karsten Koch

Herr Hubert Kottmann

Vertretung für Frau Birgit Harrendorf-Vorländer

Herr Peter Tripmaker

#### **FWG-Fraktion**

Frau Eva Maria Gerke

Herr Gregor Stöppel

#### **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Frau Jutta Linnemann

#### **FDP-Fraktion**

Frau Elisabeth Wieschebrink

#### **Verwaltung**

Frau Barbara Urch-Sengen

bis 18.17 Uhr, Ende öffentlicher Teil

Herr Karl-Heinz Vanheiden

Herr Herbert Essmeier

bis 18.17 Uhr, Ende öffentlicher Teil

Herr Klaus Fernkorn

bis 18.17 Uhr, Ende öffentlicher Teil

Frau Hannelore Kirchberger

bis 18.17 Uhr, Ende öffentlicher Teil

Frau Brigitte Janz

bis 18.17 Uhr, Ende öffentlicher Teil

Herr Heiner Ahlmer

bis 18.32 Uhr, Tagesordnungspunkt 3  
nichtöffentlicher Teil

Herr Karsten Vehrenkemper

#### **Personalrat**

Frau Silke Knipping

bis 18.32 Uhr, Tagesordnungspunkt 3  
nichtöffentlicher Teil

Herr Heinz Jürgen Meyer

bis 18.32 Uhr, Tagesordnungspunkt 3  
nichtöffentlicher Teil

Herr Wilhelm Westermann

bis 18.32 Uhr, Tagesordnungspunkt 3  
nichtöffentlicher Teil

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 18:40 Uhr

## **Protokoll:**

Bürgermeister Dr. Strothmann eröffnete die Sitzung und stellte die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.  
Einwendungen hiergegen wurden nicht erhoben.

### **Öffentlicher Teil**

#### **1. Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern**

Anfragen wurden nicht gestellt.

#### **2. Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 09.10.2007 - öffentlicher Teil -**

Es wurden keine Einwendungen erhoben.

#### **3. Bericht des Bürgermeisters**

##### **Ausschuss für Kinder und Jugendliche**

Bürgermeister Dr. Strothmann wies darauf hin, dass in Abstimmung mit der Vorsitzenden Frau Sudbrock die nächste Sitzung des Ausschusses für Kinder und Jugendliche vom 27.11. auf den 05.12.2007 verschoben werde.

#### **4. Arbeitsgruppe Zukunft der Entwässerung; Sachstandsbericht und weitere Verfahrensweise; Antrag der FWG-Fraktion vom 09.09.2007 Vorlage: 0734/2007**

Frau Janz gab einen ausführlichen Überblick über die bisherigen Tätigkeiten der verwaltungsinternen Arbeitsgruppe. Nunmehr sei vorgesehen, die Fraktionen im Frühjahr 2008 einzubinden und ab Mitte 2008 Entscheidungen herbeizuführen.

Ratsmitglied Koch erklärte, in Bezug auf die Entwässerungsgebühren gehe es letztlich um die Frage, wie sie für die Bürgerinnen und Bürger bezahlbar bleibe. Die diesbezüglich zu führenden Diskussionen sollten in den Gremien des Rates erfolgen und nicht in eine Arbeitsgruppe verlegt werden. Dadurch habe die Bürgerschaft die Gelegenheit, die Entwicklungen in dieser Sache mit zu verfolgen. Inhaltlich sei die geleistete Vorarbeit zielgerichtet und richtig. Sie könne zur Findung einer tragfähigen Antwort auf die gestellte Frage dienen.

Ratsmitglied Knepper wies darauf hin, dass die Einrichtung einer Arbeitsgruppe bereits Ende 2006 vom Rat beschlossen worden sei. Eine interne Arbeitsgruppe habe den Vorteil, dass komplexe Sachverhalte wesentlich einfacher aufgearbeitet werden könnten. Diesbezüglich habe man beispielsweise im Bereich der Entwicklung der Schullandschaft gute Erfahrungen gemacht. Inhaltlich sei eine Überprüfung der Organisationsstruktur und der Höhe der Kanalanschlussbeiträge notwendig. Bei den restlichen Kosten gehe es im Wesentlichen um eine Verteilungsfrage. Letztlich sei festzulegen, was dem Gebührenhaushalt und was dem allgemeinen Haushalt zugeordnet werde. Im Ergebnis solle dem Beschlussvorschlag gefolgt werden.

Ratsmitglied Stöppel erklärte, nach Auffassung der FWG-Fraktion sei es nun an der Zeit gewesen die Fakten auf den Tisch zu bringen. Daher sei der vorliegende Antrag gestellt worden. Inhaltlich seien die richtigen Schritte aufgezeigt worden. Letztlich werde das Thema der Entwässerungsgebühren u.a. in Fachzeitschriften immer wieder aufgegriffen, so dass eine grundlegende Aufarbeitung dieser Angelegenheit erforderlich sei. Dem vorgelegten Beschlussvorschlag werde in dieser Form zugestimmt.

Ratsmitglied Linnemann erklärte, es sei sehr wichtig, dass die Arbeitsgruppe transparent arbeite. Inhaltlich sei es wichtig, dass die Frage der zukünftigen Gebührenstruktur ganzheitlich betrachtet werde. Sie wies darauf hin, dass mittlerweile fast in jeder Kommune die Voraussetzungen für eine verpflichtende Trennung der Gebühr für die Abwasser- und Regenwasserbeseitigung vorliegen würden. Sie fragte, wie dies für die Stadt Beckum zu beurteilen wäre.

Bürgermeister Dr. Strothmann erklärte, um diese Frage beurteilen zu können, würden die zu ermittelnden Daten benötigt.

Ratsmitglied Wieschebrink erklärte, es handle sich um ein sehr vielschichtiges Thema. Inhaltlich sei dies von der Verwaltung sehr gut vorbereitet worden und solle nun im Rahmen einer Arbeitsgruppe weiter entwickelt werden. Dem Beschlussvorschlag werde in dieser Form zugestimmt. Abschließend äußerte sie ihre Verwunderung darüber, dass die beiden Angebote zur Durchführung einer externen Untersuchung in Bezug auf die Organisationsform einen so großen finanziellen Unterschied aufweisen würden. Sie fragte, wie dieser zu erklären sei.

Bürgermeister Dr. Strothmann erklärte, diesbezüglich könne im nichtöffentlichen Teil eine Auskunft gegeben werden. Tatsächlich hätten jedoch beide Anbieter die gleiche Leistung angeboten.

Ratsmitglied Koch erklärte, die SPD-Fraktion verbleibe bei ihrer Auffassung, dass die Angelegenheit in den Ausschüssen des Rates weiter entwickelt werden solle. Daher beantragte er, über den im Beschlussentwurf genannten Punkt 4 separat abstimmen zu lassen.

Bürgermeister Dr. Strothmann erklärte, auf den Punkt 4 könne bei der Abstimmung ebenso gut verzichtet werden. Dieser sei lediglich als Hinweis zu verstehen. Letztlich könne jede Fraktion für sich entscheiden, ob sie einer Einladung zur Teilnahme an der Arbeitsgruppe folge. Dementsprechend schlug er vor, über die im Beschlussvorschlag genannten Punkte 1 bis 3 und 5 abzustimmen. Dieser Vorschlag erfuhr keinen Widerspruch.

#### **Beschlussvorschlag:**

1. Die bisherigen Ergebnisse der verwaltungsinternen Arbeitsgruppe Zukunft der Entwässerung werden zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Die zukünftige Entwicklung der Höhe der Entwässerungsgebühr soll Gegenstand einer umfassenden Betrachtung im Rahmen des dargestellten Gesamtkonzeptes sein.
3. Zur Schaffung der Grundlagen für das Gesamtkonzept, sollen die vorgeschlagenen Maßnahmen und Schritte eingeleitet werden.
4. Die Kalkulation der Entwässerungsgebühr für das Jahr 2008 erfolgt auf der Grundlage des bisherigen Systems.

**Abstimmungsergebnis:**

geändert beschlossen      Ja 17 Nein 0 Enthaltung 0

**5. Ausschreibung der Stellen der Leitungen Fachbereiche 5 (Jugend und Soziales) und 6 (Stadtplanung und Wirtschaftsförderung)  
Vorlage: 0733/2007**

Ratsmitglied Knepper erklärte, nun sei der Zeitpunkt gekommen, um eine erneute Ausschreibung durchzuführen. Das verfolgte Ziel sei eine möglichst schnelle und qualifizierte Besetzung der vakanten Stellen. In Bezug auf den Ausschreibungstext beantragte er, bei den Voraussetzungen für die Bewerberinnen und Bewerber für die Fachbereichsleitung 5 den Begriff „mehrjährige“ vor dem Wort „Führungserfahrung“ zu streichen. Dies sei eine Konsequenz aus den Erfahrungen beim letzten Bewerbungsverfahren.

Ratsmitglied Koch erklärte, die ausgewiesenen Stellen sollten besetzt werden. Er stellte fest, dass tatsächlich die anfallenden Arbeiten von dem vorhandenen Personal überraschend gut bewerkstelligt werde. Vor diesem Hintergrund stellte er die Frage, was mit dieser Ausschreibung erreicht werden solle. Seiner Auffassung nach wäre eine qualifizierte Besetzung beider Stellen bereits in der ersten Bewerbungsrunde möglich gewesen. Wichtig sei, dass die Spielregeln von vornherein klar seien und nicht im laufenden Verfahren geändert würden. Bei der Ausschreibung der Stelle der Fachbereichsleitung 6 werde nun erneut der Kardinalfehler begangen, die Stelle mit der allgemeinen Vertretung des Bürgermeisters zu koppeln. Ohne die Kopplung mit der allgemeinen Vertretung des Bürgermeisters wäre die Besetzung der Stelle aus dem Bewerberkreis letztlich möglich gewesen. Für die nun anstehenden Stellenausschreibungen verlange die SPD-Fraktion klare Spielregeln, die im gesamten Verfahren eingehalten werden. Für die Stellenausschreibung der Fachbereichsleitung 6 beantragte er, die allgemeine Vertretung des Bürgermeisters aus dem Stellenprofil zu streichen und die Stelle auch für Angestellte uneingeschränkt zugänglich zu machen. Für die Stellenausschreibung der Fachbereichsleitung 5 beantragte er, dass die Erfüllung der Voraussetzungen des § 72 SGB VIII als zwingende Einstellungsvoraussetzung formuliert werde. Dies sei genauso wichtig, wie eine mehrjährige Führungserfahrung für diese Position.

Ratsmitglied Wieschebrink führte aus, der vorgelegte Ausschreibungstext werde ihrerseits in dieser Form mitgetragen.

Ratsmitglied Stöppel unterstützte die Ausführungen von Ratsmitglied Koch. In einem Bewerbungsverfahren sei es unerlässlich, die zu Beginn festgelegten Spielregeln bis zum Ende aufrecht zu erhalten. Für die Ausschreibung der Stelle der Fachbereichsleitung 6 gebe es seitens der FWG-Fraktion keine Zustimmung. Die Stelle hätte bereits im ersten Bewerbungsverfahren besetzt werden können. Dies habe jedoch offensichtlich parteipolitisch nicht gepasst. Zudem funktioniere die Verknüpfung von Stadtplanung und Wirtschaftsförderung in dieser Form nicht. Die Ausschreibung der Fachbereichsleitung 5 werde mit dem von Ratsmitglied Koch vorgetragenen Änderungsvorschlag unterstützt.

Ratsmitglied Linnemann stellte die Frage, warum für die Fachbereichsleitung 6 noch immer die „Eierlegende Wollmilchsau“ gesucht werde. Das letzte Ausschreibungsverfahren habe bereits gezeigt, dass die gesuchte Kombination von den Bewerberinnen und Bewerbern nicht erfüllt werden könne. Zudem verfüge man bereits über einen allgemeinen Vertreter des Bürgermeisters. Die Stelle der

Fachbereichsleitung 5 solle mit den von Ratsmitglied Koch vorgeschlagenen Änderungen ausgeschrieben werden.

Bürgermeister Dr. Strothmann wies darauf hin, dass es bei der letzten Ausschreibung durchaus Kandidaten gegeben habe, die die Stelle hätten ausfüllen können. Nach weiterer Diskussion benannte Bürgermeister Dr. Strothmann die gestellten Anträge und stellte sie in der Reihenfolge zur Abstimmung.

**Beschlussvorschlag:**

Die Stelle der Fachbereichsleitung 5 -Jugend und Soziales- wird zwingend mit der Voraussetzung ausgeschrieben, dass die Bewerberinnen und Bewerber die Voraussetzungen nach § 72 SGB VIII erfüllen müssen.

**Abstimmungsergebnis:**

abgelehnt    Ja 8    Nein 9    Enthaltung 0

**Beschlussvorschlag:**

Die Stelle der Fachbereichsleitung 6 -Stadtplanung und Wirtschaftsförderung- wird nicht mit der allgemeinen Stellvertretung des Bürgermeisters gekoppelt. Zudem soll die Stelle Angestellten und Beamten zugänglich gemacht werden.

**Abstimmungsergebnis:**

abgelehnt    Ja 6    Nein 9    Enthaltung 2

Vor der Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion wies Ratsmitglied Dr. Grothues darauf hin, dass in dem Satz dann auch der Begriff „möglichst“ gestrichen werden sollte. Es bestand Einvernehmen, diesen Vorschlag in den Antrag aufzunehmen.

**Beschlussvorschlag:**

Im Ausschreibungstext für die Stelle der Fachbereichsleitung 5 -Jugend und Soziales- werden unter den Voraussetzungen die Begriffe „möglichst“ und „mehrjährige“ gestrichen.

**Abstimmungsergebnis:**

ungeändert beschlossen    Ja 8    Nein 7    Enthaltung 2

**5.1. Entscheidung über die Ausschreibung der Stelle Fachbereichsleitung 5 Jugend und Soziales**

**Beschlussvorschlag:**

Dem Bürgermeister wird empfohlen, die Stelle der Leitung für den Fachbereich 5 Jugend und Soziales zum nächstmöglichen Zeitpunkt öffentlich auszuschreiben. Als Ausschreibungstext sollte der der Vorlage als Anlage beigefügte Entwurf verwendet werden. Im Entwurf wird der erste Satz unter „Voraussetzungen“ wie folgt gefasst: „Gesucht wird eine engagierte Persönlichkeit, die die Voraussetzungen des § 72 SGB VIII erfüllt und über Führungserfahrung in vergleichbaren Arbeitszusammenhängen

verfügt.“ Die Veröffentlichung sollte in den in der Vorlage vorgeschlagenen Medien erfolgen.

**Abstimmungsergebnis:**

geändert beschlossen      Ja 10 Nein 1 Enthaltung 6

**5.2. Entscheidung über die Ausschreibung der Stelle Fachbereichsleitung 6 Stadtplanung und Wirtschaftsförderung**

**Beschlussvorschlag:**

Dem Bürgermeister wird empfohlen, die Stelle der Leitung für den Fachbereich 6 Stadtplanung und Wirtschaftsförderung zum nächstmöglichen Zeitpunkt öffentlich auszuschreiben. Als Ausschreibungstext sollte der der Vorlage als Anlage beigefügte Entwurf verwendet werden. Die Veröffentlichung sollte in den in der Vorlage vorgeschlagenen Medien erfolgen.

**Abstimmungsergebnis:**

ungeändert beschlossen      Ja 9 Nein 8 Enthaltung 0

**6. Gesamtbudgetbericht zum Berichtstermin 01.10.2007  
Vorlage: 0726/2007**

Bürgermeister Dr. Strothmann erläuterte die wesentlichen Punkte des Budgetberichts. Im Ergebnis werde man nach dem Stand vom 01.10.2007 das Haushaltsjahr 2007 voraussichtlich mit einem Überschuss von rund 800.000 € abschließen.

Ratsmitglied Knepper bat um die Erläuterung von zwei Positionen auf der Seite 11 des Berichts für den Verwaltungshaushalt. Hier seien Mindereinnahmen bei den Elternbeiträgen für die Kindergartennutzung und bei der Klärschlambeseitigung aus Kleinkläranlagen aufgeführt.

Herr Essmeier führte aus, dass sich die veranschlagten Einnahmen auf der Grundlage der Einkommensverhältnisse der Eltern voraussichtlich nicht realisieren lassen würden.

Frau Janz erklärte, die Mindereinnahme liege in geringeren Klärschlammengen begründet. [Anmerkung: Die Verarbeitung des Klärschlammes der Abfallwirtschaftsgesellschaft erfolgt aufgrund eventuell auftretender Störstoffe nicht mehr in der Kläranlage Beckum. Er wird nun anderweitig entsorgt. Dies wurde vorsorglich vom Kreis Warendorf angeordnet, da der aufbereitete Klärschlamm zum Teil auf landwirtschaftliche Flächen in Beckum aufgebracht wird.]

Ratsmitglied Schnell fragte, ob der dargestellte Abgang bei den Entwässerungsgebühren auf der Seite 8 mit dem bereits Ende letzten Jahres diskutierten Fall zu tun habe.

Herr Fernkorn erklärte, hierbei handele es sich um einen anderen Fall.

**Beschlussvorschlag:**

Der Gesamtbudgetbericht wird zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

zur Kenntnis genommen

7. **Stellungnahme der Stadt Beckum zum Entwurf der Haushaltssatzung 2008 des Kreises Warendorf**  
**Vorlage: 0728/2007**

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadt Beckum verzichtet auf eine Stellungnahme gemäß § 55 Absatz 1 Satz 2 Kreisordnung NRW zum Haushaltsentwurf des Kreises Warendorf 2008.

**Abstimmungsergebnis:**

ungeändert beschlossen      Ja 17    Nein 0    Enthaltung 0

8. **Zustimmung zu einer erheblichen überplanmäßigen Ausgabe;**  
**Grunderwerb für das Bebauungsplangebiet Nr. 60 "Obere Brede/Tuttenbrock"**  
**Vorlage: 0725/2007**

**Beschlussvorschlag:**

Der erheblichen überplanmäßigen Ausgabe bei der Haushaltsstelle  
2.88000.93211.075 Grunderwerb Gewerbepark Grüner Weg in Höhe von 295.000,00  
€ wird zugestimmt.

Die Deckung erfolgt durch eine höhere Zuführung von 295.000,00 € an die  
Haushaltsstelle 2.91000.30100.999 -Zuführung vom Verwaltungshaushalt-, bedingt  
durch Mehreinnahmen bei der Haushaltsstelle 1.90000.00300.999 Gewerbesteuer.

**Abstimmungsergebnis:**

ungeändert beschlossen      Ja 17    Nein 0    Enthaltung 0

9. **Anfragen**

Anfragen wurden nicht gestellt.

Für die Richtigkeit:

Beckum, den 09.11.2007

Beckum, den 09.11.2007

\_\_\_\_\_  
gez.  
**(Dr. Karl-Uwe Strothmann)**  
Vorsitz

\_\_\_\_\_  
gez.  
**(Karsten Vehrenkemper)**  
Schriftführung